

CORONA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS – TEIL 16 | VON JOCHEN MITSCHKA (PODCAST)

Posted on 12. November 2020

Majestätsbeleidigung oder notwendige Prüfung?

Ein Standpunkt von Jochen Mitschka.

Wir setzen hiermit die Berichterstattung über die Corona Ausschusssitzung 9. "Die Rolle der Medien" (1) mit dem 2. Teil fort. Wir kommen auf die Sitzungen 7 und 8 später zurück, wenn die von YouTube gesperrten Videos auf anderen Kanälen wieder verfügbar sind.

Im ersten Teil der Sitzung war der deutsche Journalist und Psychologe Patrick Plaga, der zur Zeit in Schweden lebt, zur Situation in Schweden befragt worden, und hatte interessante Hinweise auf die Unterschiede der Behandlung der Corona-Krise gegeben. Heute kommt nun Prof. Michael Meyen zu Wort, der die Situation der Medien in der Krise aus soziologischer und historischer Sicht analysiert.

Prof. Dr. Michael Meyen

Frau Fischer stellte fest, dass in Schweden einige Schlüsselpersonen anders mit der Krise umgegangen wären, und dass die Bevölkerung das Gefühl hat, dass die Maßnahmen im Einklang mit dem stehen, was sie selbst sehen. Während in Deutschland eine Spreizung in der Gesellschaft entstanden ist, bei der ein Teil glaubt, dass alles stimmt und ein anderer Teil, dass die Maßnahmen in keinem Verhältnis zu ihrem Erleben stehen. Und es wäre bemerkenswert, wie gleichlautend die Meinung in den Qualitätsmedien die erstere Stimmung unterstützen würde. Sie fragte, dann nach der Meinung von Prof. Meyen.

Prof. Meyen erklärte, dass er nicht wie Herr Plaga die Situation aus psychologischer, sondern eher sozialer Sicht beurteilen würde. Und es gäbe einige wissenschaftliche Untersuchungen, welche andeuten würden, dass die Erklärung von Dr. Wodarg im letzten Teil der Zusammenfassung zutreffend wäre. Demnach gäbe es einen Vertrauensverlust, aber es wäre schwer, über Umfragen Daten über Vertrauen zu erheben. Wenn man gefragt würde, ob man den Medien vertraue, denken die einen an die Fußballergebnisse, die anderen an die Wetterkarte, andere wieder an die Tagesschaumeldungen über die RKI-Zahlen.

Die Leitmedien, den Begriff ziehe er "Qualitätsmedien" vor, würden eine Realität definieren, die man nicht ignorieren könne. Die Leitmedien würden uns vermitteln, was wir für Realität halten müssen. Wenn wir

Tagesschau einschalten, oder Süddeutsche Zeitung lesen, dann würden wir "*Definitionsmachtverhältnisse*" beobachten. Wir beobachten, wer es schafft, seine Version der Realität in die Öffentlichkeit zu bringen, und wir können diese Version "*bei Strafe des Untergangs*" nicht ignorieren, weil wir annehmen müssten, dass "*die Anderen*" die gleiche Version der Realität wahrgenommen haben, und ihr Verhalten entsprechend ausrichten würden. Deshalb wäre die Frage, "*ob ich der Tagesschau vertraue, eigentlich irrelevant, weil ich muss dass, was da ist, was als Realität gemeldet wird, in mein eigenes Verhalten einbauen*".

Das würde man "*Definitionsmachtverhältnisse*" nennen. Das wäre der wichtigste Unterschied zu sozialen Medien, den YouTube Kanälen. Man dürfe nicht unterstellen, dass alle den Videokanal angeschaltet hatten, und deshalb könnte man ihn "*gepflegt ignorieren*". Das könne man mit der Tagesschau aber nicht machen. Wenn sie jeden Tag die Zahl der registrierten "*Neuinfektionen*" meldet, dann muss man das für Realität halten. Er erklärte dann die Folge von Sanktionen und Bestrafungen durch den Rest der Gesellschaft, der diese Realität anerkennt, wenn man sich selbst dieser "*Realität*" verweigere.

Das wäre die Definitionsmacht, welche die Leitmedien immer noch hätten. Und die Corona-Krise hätte gezeigt, dass die Definitionsmacht so stark wie immer ist. Die Corona-Zeit hätte bewiesen, dass diese Definitionsmacht so groß ist, dass der Abgesang ihrer Macht verfrüht war.

Dann wies Prof. Meyen darauf hin, dass diese Corona-Krise aber auch bewiesen hätte, dass die Leitmedien ihren Öffentlichkeitsauftrag nicht erfüllen würden. Er wies darauf hin, dass weder die demokratischen, noch pluralistischen oder anderen Grundsätze, nach denen alle Meinungen in der Öffentlichkeit, und damit den Leitmedien vertreten sein müssen, erfüllt wären. Nur ein Teil der Interessen und Meinungen wären in den vergangenen Monaten durch die Leitmedien transportiert worden. Da viele Dinge nicht präsent sind, wären die Bürger nicht in der Lage gewesen, sich eine Meinung zu bilden.

Die Aufgabe von Journalismus wäre eigentlich nicht, einen Leitartikel zu schreiben, oder Kommentare bzw. Interpretationen zu liefern, sondern er müsste die Bürger über unterschiedliche Interessen und Meinungen informieren, und ihm dadurch erlauben, sich selbst eine Meinung zu bilden. Stattdessen würde eine Meinung verkündet.

Die Gründe dafür wären weniger wie von Herrn Plaga aufgeführt psychologische Gründe, sondern strukturelle Gründe. Herr Wodarg hätte bereits auf Wirtschaft und Politik hingewiesen. Ein Teil des Journalismus in Deutschland ist nach wirtschaftlichen Interessen organisiert, das wären die Privaten und die Internetgiganten. Ein anderer Teil wäre dem Diktat der Politik unterworfen, was man eben im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk beobachten könne.

Da gäbe es zwar Rundfunkräte, aber die BürgerInnen wären dort nicht wirklich vertreten. Die Politik würde dort die Journalisten kontrollieren, was als das Gegenteil von dem wäre, was man von Journalismus erwarten würde. Die wichtigsten Posten mit Entscheidungsgewalt würden von politisch dominierten Gremien bestimmt.

Dr. Füllmich erwähnte ein Zitat von Hans Joachim Friederichs, der darauf hingewiesen hatte, dass man als Leitmedien-Journalist niemals eine Meinung vertreten darf, sondern immer bemüht sein müsse, sich als neutraler Beobachter zu gerieren.

Prof. Meyen wies darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt die Medien noch anders organisiert waren. Heute würde er von einem Imperativ der Aufmerksamkeit sprechen. Das hätte etwas zu tun mit der symbiotischen Verbindung, welche der Journalismus mit den digitalen Plattformen eingegangen wäre. Zur Zeit von Friederichs hätte es diese Konkurrenz noch nicht gegeben, zum Anderen wären die digitalen Plattformen wie YouTube, Instagram, Facebook und Twitter inzwischen die wichtigsten *"Auspielwege für journalistische Produkte"*. Deshalb müsse sich der Journalismus an die Logik der digitalen Plattformen angleichen.

Wenn man eine alte Tagesschauausgabe von 1985 oder die Tagesthemen mit Friederichs aus der Zeit anschaut, dann erkennen wir, dass es eine völlig andere Art von Realität wäre, die dort konstruiert würde. Heute gäbe es viel weniger Politik, und eine ganz andere Art von Politik. Es gäbe heute eine Politik, die auf Konflikte zwischen Personen ausgerichtet wäre, wie z.B. Söder gegen Laschet. Alle gegen Ramelow, als dieser daran dachte, die Maskenpflicht abzuschaffen, als es praktisch keine Fälle in seinem Bundesland gab. Man würde jeden Tag Superlative und Rekorde sehen. Es mache eigentlich keinen Sinn, in einem 85

Millionen Land 400 Fälle zu vermehren. Aber daraus würde Realität gemacht.

Er berichtete dann, dass er einmal versucht habe, am Beispiel von immer gleichen Ereignissen, in diesem Fall von großen Stürmen, die Berichterstattung zu analysieren. Da gibt es messbare Opfer und Schadenszahlen in einer Währung. Wenn man sich das in den 1950er und 1960er Jahren anschaut, dann wäre das relativ neutral gewesen. Heute wäre ein Sturm, schon bevor er komme, ein Untergangsszenario.

Heute würden wir auch nicht mehr erfahren, was auf Parteitagungen innerlich diskutiert wurde, sondern man würde erfahren, welche Personen da um welche Posten konkurrieren. Und in dieser Corona-Zeit hätte man bitter lernen müssen, dass diese Art des Journalismus die Politik vor sich hertreiben könne.

Das wäre eine Medialisierung der Politik. Man müsse beobachten, dass alle Menschen, die irgendwo Verantwortung tragen, alle Entscheidungsträger, das Imperativ der Aufmerksamkeit, die Medienlogik, internalisiert hätten. Sie würden alles tun, um entweder negative Berichterstattung zu unterbinden, und auf der anderen Seite würde alles getan, um Entscheidungsträger in ein möglichst positives Licht zu stellen.

Dafür hätte man in den großen Unternehmen und in den Behörden aufgerüstet. Das Bundespresseamt würde inzwischen ungefähr 500 Mitarbeiter beschäftigen, die zum großen Teil besser bezahlt werden als ein Universitätsprofessor. Diese 500 Menschen hätten nichts anderes zu tun, als die Politik der Bundesregierung in ein günstiges Licht zu rücken.

Wenn man das vergleichen würde, mit den Ressourcen, die in den großen politischen Redaktionen vorhanden sind, wäre das ein Kampf "*David gegen Goliath*". Die Politiker würden es auf diese Weise schaffen, bestimmte Begriffe durchzudrücken. Der Journalist hätte schon aus Ressourcen Gründen, und nicht nur weil er ein Mensch mit Ängsten wäre, keine andere Möglichkeit, gegen Begriffe wie "*Dauerwelle*", "*Coronaleugner*" oder "*Hygienesemos*" vorzugehen.

Man könne annehmen, dass die Journalisten dieses Framing durchschauen würden, und versuchten, eigene Begriffe zu verwenden. Was aber im Alltag der Redaktionen, der nach kommerziellen Gesichtspunkten organisiert ist, nicht realisiert werden könne. Wenn Geldverdienen der wichtigste Zweck, und

Öffentlichkeitsarbeit nur eine Art Abfallprodukt ist, dann würde gekürzt, so weit es geht.

Prof. Meyen wies darauf hin, dass die derzeitige Krise die Redaktionen noch stärker unter Druck setzen werde. Teilweise müssten jetzt schon Journalisten im Homeoffice jede Stunde eine neue Realität erschaffen. Da könne man nicht gegen die Definitionsmacht, die von Ministerien, der Regierung, aber auch Wirtschaftsunternehmen ausgehe, ankämpfen.

Er erklärte, dass die Corona-Krise gezeigt hätte, dass man nicht umhin kommen würde, über die Organisation von Journalismus neu nachzudenken. *"Wollen wir, dass das was wir in der Öffentlichkeit als Realität wahrnehmen, weiter nach kommerziellen Gesichtspunkten bestimmt wird, wie bei den Privaten (...), oder von der Politik wie im ÖRR?"*

Dr. Wodarg wies darauf hin, dass man teilweise beobachten konnte, dass viele Medien sogar die gleichen Sätze verwendet hätten. Er fragte, ob es eine Agentur geben würde, die damit beschäftigt worden wäre, oder wäre das alleine das Bundespresseamt gewesen. Man hätte teilweise beobachten können, dass dies weit über staatliche Grenzen hinweg gegangen wäre.

Prof. Meyen erklärte, dass man ein paar punktuelle Informationen erhalten hätte, wer einige der Hashtag-Kampagnen entwickelt hatte. Aber interessant wären nicht die Werbeagenturen, die dann die Auftragsarbeit übernehmen würden, sondern das wären die Ressourcen, die dafür aufgewendet würden. Jeder Politiker hätte heute seine Presseabteilung. Jede politische Partei hätte einen Pressestab, jeder Minister hätte eine entsprechende Abteilung. Jeder Spitzenpolitiker hätte eigene Medienberater, die dafür sorgen würden, dass er auf Interviews vorbereitet wird.

"Man kann sich nicht vorstellen, dass ein Ministerpräsident, egal ob in Bayern oder in NRW, zu einer Pressekonferenz geht, und nicht alles trainiert hat, vorher. Jede potentielle Frage, die ein Journalist stellen könnte, ist vorher durchgeprobt worden. Die Begriffe, mit denen man in diese Pressekonferenz geht sind vorher abgesprochen und ausprobiert worden."

Man wüsste, dass Markus Söder einen Begriff, den er in den Medien sehen wolle, so oft wiederhole, bis der

Journalist ihn aufgeschrieben hätte. Das wäre natürlich immer der Versuch, den Bürger in eine bestimmte Richtung zu lenken, eine Art des Framings. Begriffe wie Corona-Leugner oder Covidiot in die Welt zu setzen, sollen das Denken der Menschen formen.

Auf die Frage, woher die Begriffe kämen, antwortete Prof. Meyen, dass schlaue Leute wüssten, dass der Journalismus heute nach dem Imperativ der Aufmerksamkeit funktionieren würde, und dann eben solche Framing-Konzepte entwickelten. Dieses Vorgehen wäre nicht auf die Politik beschränkt. Man würde es auch im Hochleistungssport, im Hochschulbereich, in der Wirtschaft wiederfinden. Nur bei Corona trete es jetzt eben so deutlich hervor.

Es gäbe außerdem inzwischen eine große Nähe zwischen Entscheidern und Journalisten, eben um die gewünschte Berichterstattung zu erzeugen. *"Das ist einmal eine Habitus-Nähe, wie ich es nennen würde, (...) man kommt von den gleichen Milieus, man war an den gleichen Universitäten, man sieht die Welt ganz ähnlich, man muss also gar nicht groß beeinflusst werden, schon gar nicht muss man Druck ausüben, weil Mittelschichtmenschen mit der gleichen Ausbildung einfach die Welt ähnlich sehen."*

Dann gäbe es zusätzlich eine Nähe, die sich aus dem Arbeitsumgang ergeben würde. Wenn man auf der Pressekonferenz jeden Tag die gleichen Leute sehen würde, wenn man mit denen reist, wenn sie im Land umher fahren, dann würde man Verständnis entwickeln. Ein Kollege von ihm aus Leipzig, Uwe Krüger, würde von "Verantwortungsschwörung" reden. *"Der Journalist weiß was gut ist, und was schlecht ist, er glaubt, dass er Einfluss auf die Menschen hat, und dadurch, dass er Realität definieren kann, fängt er dann an, in die Richtung Realität zu konstruieren, die er für gut hält."* Also schreibe er nichts gegen die Maskenpflicht, nichts Positives über die Demonstrationen gegen die Regierungsmaßnahmen.

Es wäre gar nicht notwendig, Journalisten in Hintergrundgespräche einzuladen, was aber natürlich trotzdem passieren würde. Es gäbe sehr homogene Redaktionen, gerade in den Leitmedien, in denen insbesondere weiße Akademiker mit gutem Einkommen sitzen würden. Im Gegensatz zu Afrika, in denen Journalisten dafür bezahlt werden, zu Pressekonferenzen zu kommen, weil sie praktisch kein eigenes Einkommen hätten, wären die Leitmedien-Redakteure in Deutschland gut bezahlt und könnten eigentlich

ihren Auftrag erfüllen.

Dr. Füllmich fragte dann, wenn es von der Ausstattung möglich wäre, warum Menschen, die in anderen Fragen durchaus kritisch waren, plötzlich bei Corona vollkommen auf Linie wären. Teilweise würde ja sogar die offizielle Linie noch verschärft.

Prof. Meyen antwortete, dass dafür zum Ersten die Berufsideologie im Journalismus verantwortlich wäre. Der Vorwurf "*falsch*" zu berichten, treffe Journalisten ins Mark. Journalismus würde von sich selbst behaupten, unabhängig zu sein, objektiv und neutral. Aber das wäre schon immer eine Illusion gewesen. Als Mensch könne man nicht objektiv sein. Deshalb brauche die Berufsideologie eine Reform. Man müsse mehr über Transparenz und Reflektion reden.

Der zweite Punkt wäre, dass der Vorwurf "*falsch berichtet*" zu haben vermutlich nur in den seltensten Fällen zutreffen würde. "*Was wir eher beobachten können ist, dass die Teile der Wirklichkeit, die eine bestimmte Haltung unterstützen größer gemacht werden, die Teile der Wirklichkeit, die nicht zu der Haltung passen, die in einer weißen akademischen Mittelschicht dominiert, kleiner gemacht werden, weggelassen werden.*" Oder sogar delegitimiert würden.

Eigentlich sollte der Journalismus alle Positionen neutral wiedergeben, damit die Mediennutzer sich selbst eine Meinung bilden können, was aber so nicht zustande käme. Was man aber erleben würde, wäre, dass bestimmte Positionen delegitimiert würden, von Menschen, die gar nicht das Wissen haben können, um solche Positionen zu falsifizieren. Das hätte man am Beispiel von Dr. Wodarg erlebt. Er wurde durch einen "*Faktencheck*" zum Buhmann gemacht, durch Menschen, die überhaupt nicht in der Lage gewesen wären, die Fakten zu beurteilen. Der Auftrag des Journalismus wäre gewesen, Wodarg und Drost an einen Tisch zu setzen, damit diese transparent vor den Augen der Öffentlichkeit ihre Meinungen austauschen können. Aber das wäre nicht gemacht worden.

Deutsche würden acht Milliarden Euro an Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zahlen. Aber wenn man die Verträge der Mitarbeiter betrachten würde, stelle man fest, dass nur noch sehr wenige Menschen feste Lebenszeitverträge hätten. Stattdessen erlebe man, dass öffentlich-rechtliche

Rundfunkangebote von outgesourcten Produktionsfirmen geliefert werden, von Menschen, die als Freiberufler arbeiten, oder von so genannten "Festfreien", die schon damit rechnen können, im nächsten Monat wieder im Dienstplan zu stehen, aber dessen nicht sicher sind.

So beginne Konformität, wenn man nicht sicher sein kann, dass der Vertrag im nächsten Monat weiterläuft, dann orientiere man sich an den Chefs, die man hat, die hätten feste Verträge. Und diese Leitungsposten werden von Gremien bestimmt, bei denen die Politik das Sagen hat. Dort würde natürlich entsprechend Wohlverhalten belohnt werden. Deshalb müsste man eigentlich über die Organisation von öffentlich-rechtlichem Journalismus nachdenken. Er schlug wieder mehr Lebensarbeitszeitverträge wie in den 1980er Jahren vor.

Natürlich gäbe es Nachteile von solchen Lebensarbeitszeitverträgen, die es auch an der Universität gibt, und von denen auch er profitieren würde. Es gäbe eine Minderheit von vielleicht 10%, die sich ausruhen würden, nicht mehr forschen, die Lehre auf ein Mindestmaß begrenzen würden. Aber die meisten anderen brächten einen Ethos mitbringen, der zu mehr Forschung und guter Lehre führe.

Prof. Meyen meinte, dass junge Journalisten ja in die Redaktionen kommen würden, mit dem Willen "aufzuklären", und dass sie sich weniger unter dem Konformitätszwang fühlen würden, wenn sie eine Lebensarbeitszeitstelle hätten. Man müsse sie aus dem Diktat der Aufmerksamkeitsspirale befreien. Man müsse aufhören zu verlangen, dass sie bestimmte Klickzahlen produzieren. Sondern man sollte sie belohnen, wenn sie den gesellschaftlichen Diskurs voran bringen.

Heute würden in den Medien ja nicht nur Klickzahlen gemessen, sondern auch geprüft, welche Artikel dazu führten, dass Abonnements abgeschlossen wurden. Welche Artikel dazu führen, dass man auf die Seite zurück kommt, und welche Artikel auf den sozialen Plattformen geteilt werden. Als Journalist wäre man darauf angewiesen, dass man den Imperativ der Aufmerksamkeit bediene. Was etwas Anderes wäre, als den Auftrag der Öffentlichkeit zu erfüllen.

Dr. Füllmich fragte, ob derzeit ernsthaft innerhalb des Journalismus diskutiert werden würde, dass es eine neue Art von Haltungsjournalismus geben müsse. Dass nicht eine Information, sondern eine Haltung

transportiert werden sollte.

Prof. Meyen erklärte, dass diese Debatte nicht nur im Spiegel, sondern generell im Berufsstand geführt wird. Gerade am Tag der Anhörung gäbe es eine Anhörung zu dem Thema aus Anlass des Interviews, das der Deutschlandfunk mit Anselm Lenz geführt hat. Das Portal "Übermedien", welches das einzige medienkritische Portal wäre, in dem man beobachte, was die Kollegen Journalisten so machen, lehne ab, mit *"solchen Leuten zu reden, das führe nur weiter in den Kaninchenbau des Verschwörungsideologen"*. Andere Meinungen sagen, dass ein solches Interview nichts Schädliches anrichten könne, und es wäre das erste Interview, in dem jemand relativ lange, nämlich ca. 13 Minuten, seine Position hätte darlegen können, ohne gleich von der anderen Seite abgewertet zu werden. Dies könne wegen der Masse der gegensätzlichen Beiträge in den öffentlich-rechtlichen Medien überhaupt keine Wirkung haben. Und der ÖRR hätte genügend Ressourcen, um notfalls in einer Dokumentation Falschinformationen aufzulösen, sollten sie in einem solchen Interview ausgesprochen und nicht widersprochen werden.

Der Hintergrund der Debatte über Haltungsjournalismus wäre die Tatsache, dass man auch über Meinung Aufmerksamkeit und damit Klickzahlen generieren könnte. Der Journalist müsse gar nicht mehr sein Homeoffice verlassen, er brauche nur eine steile These zu verbreiten, und wäre schon *"erfolgreich"*.

Prof. Meyen sieht diese Entwicklung mit großer Sorge. Natürlich könnten Journalisten in Leitartikeln ihre Meinung vertreten. Aber für ihn als Bürger, der sich eine Meinung bilden wolle, wäre es viel weniger wichtig, als das zu erfahren, was in der Gesellschaft insgesamt diskutiert wird.

Auf die Frage von Frau Fischer nach der Zukunft der Leitmedien antwortete Prof. Meyer, dass es ja seit ca. 2014 Umfragen zur Glaubwürdigkeit gäbe, welche er allerdings für methodisch fragwürdig halten würde. Auf die Fragen würden in der Regel ca. 30% antworten, dass sie kein Vertrauen mehr in die Medien hätten.

Allerdings hätten die Leitmedien in der Corona-Zeit an Bedeutung gewonnen. Wenn man nur Einschaltquoten und Nutzerzahlen sehen würde. Das wäre klar, da Medien in Krisenzeiten immer an Bedeutung gewinnen würden. Er nannte Beispiele für solche Krisen.

Deshalb könne man die konventionellen bzw. Leitmedien als Profiteure der Krise bezeichnen, weil sie wieder an Bedeutung in der Gesellschaft gewonnen haben. Der Grund wäre, dass die Menschen wissen müssten, was erlaubt, was verboten ist.

Dr. Wodarg fragte dann, ob es Beispiele dafür gibt, dass die Medien durch die Rechtsprechung gezwungen wurden, ihre Berichterstattung zu ändern, oder ob es überhaupt eine Möglichkeit dazu gäbe. Denn es würden viele Menschen durch die Medienberichterstattung geschädigt.

Prof. Meyen erklärte, dass das, was als Auftrag der Öffentlichkeit für die Medien geprägt worden wäre, maßgeblich durch die Rechtsprechung mitgeformt worden wäre. Deshalb gäbe es vielleicht eine Möglichkeit, den Journalismus an seine Aufgabe zu erinnern, und ihn wieder dahin zu führen. Im Einzelfall wäre er aber eher skeptisch. Man könne als einzelner betroffener Bürger eine Gegendarstellung einklagen, was jedoch wenig Effekt hätte. Man könne auf Unterlassung klagen, oder einen neuen Bericht einklagen, wenn man seine Betroffenheit nachweisen könne. Und man müsse immer nachweisen, dass der Journalist vorsätzlich falsch berichtet hatte. Und diesen Beweis zu führen ist relativ schwer.

Effektiver wäre eine generelle gesellschaftliche Debatte, welche Rolle die Medien in der Gesellschaft haben. Wolle man den Journalismus, der die Politik vor sich hertreibe, und immer radikalere Forderungen stellen würde, oder "*was wollen wir uns einen anderen Journalismus kosten lassen*".

In der Schweiz wäre vor der Abstimmung über eine Gebührenerhöhung der ÖR-Medien eine Diskussion geführt worden, durch die den Menschen die Rolle des Journalismus bewusster wurde. Bei einer solchen Volksabstimmung müssen halt die Argumente auf den Tisch. Eine solche Diskussion würde man in Deutschland dringend benötigen.

Man solle nicht zu sehr auf Gerichte hoffen. Dann erklärte er, dass er selbst versucht hatte, gerichtlich gegen einen kleinen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung über ihn vorzugehen, und wäre damit gescheitert, obwohl in dem Text falsche Zitate erwähnt worden wären.

Ausblick

In der nächsten Zusammenfassung wird Prof. Dr. Michael Meyen noch weiter befragt, und viele aufschlussreiche Informationen aus dem Journalismus und seinem Verhältnis zur Gesellschaft offenbaren.

Anmerkung

Im Jahr 2017 schrieb der Autor bereits über die Notwendigkeit einer Medienreform einen Artikel in Rubikon. Die Analyse war die gleiche, die wir in diesem PodCast von Prof. Meyen hörten, aber die Lösungsvorschläge waren unterschiedlich. (2)

Quellen:

1. <https://youtu.be/Q11xjqRwWhk>
2. <https://www.rubikon.news/artikel/ohne-neutrale-medien-keine-demokratie>

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung.

+++

Bildquelle: OvalMedia

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

KenFM jetzt auch als kostenlose App für Android- und iOS-Geräte verfügbar! Über unsere Homepage kommt Ihr zu den Stores von Apple und Google. Hier der Link: <https://kenfm.de/kenfm-app/>

+++

Abonniere jetzt den KenFM-Newsletter: <https://kenfm.de/newsletter/>

+++

Jetzt KenFM unterstützen: <https://www.patreon.com/KenFMde>

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu weiteren Unterstützungsmöglichkeiten hier:

<https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>

+++

Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.



BitCoin Adresse:

18FpEnH1Dh83

GXXGpRNqSoW

5TL1z1PZgZK